

Bern

Märzsession Gestern hat die letzte Session des Grossen Rates vor den Neuwahlen am 30. März begonnen. Deshalb «hyperventilieren» die FDP nicht. Auch Links-Grün gibt sich sachlich, und die SVP wiegt sich schon in Sicherheit. *Flurin Jecker*

«Hosensackvorstösse» im Grossen Rat

«Was nützt es, zu zittern?», fragt Hugo Kummer, SVP-Grossrat, gut gelaunt. «In unserer Fraktion macht jeder seine Sache, wie immer. Es gibt sonst schon Leute, die versuchen, positiv aufzufallen. Wir aber haben unsere Arbeit in den letzten vier Jahren gemacht, und ich denke, wir können uns in Sicherheit wiegen.»

Eine Stunde vor Sitzungsbeginn ist es ruhig vor dem Rathaus. Es parkieren da ein Dutzend mit Wahlwerbung behängte Velos. Die Grossräte sind für die letzte Session gekommen, an der sie sicher teilnehmen dürfen. Denn am 30. März werden die Sitze neu verteilt. Unten auf der Ramptreppe des Rathauses, geschützt vor der Mittagssonne, sitzen Leute in weissen Gewändern. Sie sind vom Verband des Personals Öffentlicher Dienste (VPOD). Sie haben Schilder dabei, die aufgefächert am Boden liegen: «Der Abbau hat ein Gesicht», ist darauf zu lesen. Eine Aktivistin sagt: «Wir wollen zum Auftakt der letzten Session auf die Entlassungen im Gesundheitsbereich aufmerksam machen. Dann werden wir sehen, wer sich im Grossen Rat gegen die Sparmassnahmen einsetzt - und wen man also wiederwählen kann.» Doch sind die Räte noch in der Mittagspause. Von 44 Spitex-Mitarbeitenden, 20 Angestellten in der Psychiatrie und weiteren 8 in der Suchthilfe ist im Communiqué des VPOD die Rede, die allesamt entlassen wurden. Dies aufgrund des letztjährigen vom Grossen Rat verabschiedeten Sparpakets (ASP).

«Natürlich arbeiten wir alle seriös wie immer», sagt Béatrice Stucki, Grossrätin der SP. Auch wenn alle etwas nervös seien. So werde grundsätzlich mehr geredet im Rat: «Es sind Wortmeldungen zu erwarten zu Themen, die eigentlich schon längst abgehandelt wurden.» Nur die, die abtreten würden, nähmen es locker. «Da gibt es diese Hosensackvorstösse», sagt weiter Adrian Haas, Grossrat der FDP. «Die werden nur gemacht, um vor den Wahlen Stimmung zu machen. Zum Beispiel, wenn in den nächsten Tagen Leute die Sparmassnahmen werden rückgängig machen wollen.» Da müsse man unterscheiden zwischen tatsächlichen Engagements und Wahlkampfaktik. In der FDP selbst bleibe man auf dem Boden: «Natürlich ist es wichtig, bei den Wahlen zu punkten», sagt Haas. «Doch hyperventilieren wir deshalb noch lange nicht.»

Auch die grüne Grossrätin Natalie Imboden möchte den Fokus in dieser Session aufgrund der Wahlen nicht verlieren. «Wir haben noch wichtige Geschäfte, die ausstehen. Grossräte, die Bratwürste bräteln und verteilen,



Der letzte erste Tag: Aufgeregtes Treiben vor Beginn der Märzsession. Foto: Adrian Moser

stimmen mich darum skeptisch.» Sie könne sich schon vorstellen, dass die Wahlen einen Einfluss auf das Abstimmungsverhalten hätten. «Ich denke, die Abstimmung zur Lohnerhöhung der Grossräte würde in dieser Session nicht angenommen.»

Die Grossräte trudeln nach und nach beim Rathaus ein. Sie werden von den VPOD-Aktivistinnen empfangen, die ihnen Flyer verteilen - die Gesichter verhüllt mit weissen Masken. Die Grossräte danken freundlich und verschwinden im Rathaus. Drinnen ist es angenehm kühl. Manche bestellen sich einen Espresso an der Cafébar. An einem Tischchen sitzen Räte verschiedener Parteien beieinander. Die anderen Tische sind leer. Bald steht da die «Kurzbesinnung» auf dem Plan, ein Zeitfenster zur christlichen Andacht, wie vor jeder Session. Die meisten scheinen derweil in den Grossratsaal emporzusteigen. Einige Grossräte stehen an die Mauer gelehnt, plaudern und halten die Hände in den Hosensäcken. Ob sie wohl einen eben genannten Vorstoss planen?

Das Glöcklein läutet. Die Sitzung beginnt. 133 der 160 Grossräte sind anwesend. Während Bernhard Antener (SP), der Präsident des Grossen Rates, die Anwesenden willkommen heisst, begrüßen sich auch die Grossräte untereinander. Einige reisen händeschüttelnd durch den Saal. Andere lassen sich an ihrem Platz besuchen und halten einen Schwatz.

Das Glöcklein läutet wieder. Der Grossratspräsident sagt: «Bei vielen mag ein wehmütiges Gefühl mitschwingen. Manche haben das letzte Mal die Akten geordnet oder die letzte Rede vorbereitet.» Viele seien nervös. Es sei erfahrungsgemäss auch üblich, dass in der letzten Session die Leute fleissiger und «kreativer» würden. Niemand lacht. Es scheint ausser den neun Zuschauern kaum jemand zugehört zu haben. Das Glöcklein läutet in den nächsten Minuten noch viele weitere Male. «Es ist unangenehm laut», beschwert sich der Präsident. Und langsam legt sich das Getümmel, und die erste Sitzung der letzten Session kann beginnen.

Grosser Rat

Anlaufstelle für Whistleblower

Kantonsangestellte, die Missstände melden wollen, sollen sich in Zukunft bei der bernischen Finanzkontrolle melden können.

Der Kanton Bern schafft eine sogenannte Whistleblower-Stelle. Kantonsangestellte sollen dieser Stelle Missstände in Verwaltung oder Justiz melden können. Angesiedelt wird die Stelle bei der bernischen Finanzkontrolle. Diese hatte sich bereit gezeigt, im Rahmen ihres bestehenden Etats die Aufgabe zu übernehmen, wie der Präsident der vorberatenden Kommission, Jakob Etter (BDP, Treiten), im Parlament sagte. «Wir rechnen nicht mit haufenweise Meldungen», führte Etter aus. Die Meldungen behandelt die Finanzkontrolle vertraulich. Ihre Quellen wird sie nicht ohne das Einverständnis der meldenden Person offenlegen. Der Bund, einzelne Kantone und Unternehmen ha-

ben bereits solche Meldestellen. Die Idee dahinter ist, dass sich grosse finanzielle oder Reputationsschäden vermeiden lassen, wenn ein Kanton oder eine Firma Missstände frühzeitig intern behebt. Das Berner Kantonsparlament hat gestern zum Auftakt der Märzsession die entsprechende gesetzliche Regelung ohne Diskussion einstimmig mit 133 Stimmen angenommen. Geregelt wird die Stelle im Finanzkontrollgesetz.

Ausserdem hat der Grosse Rat eine Ständesinitiative zum Thema Gewalt gegen Beamte klar abgelehnt. Der Kanton Bern wird damit nicht für eine Verschärfung der Strafen beim Bund vorstellig werden. Mit dem Vorstoss wollte FDP-Grossrat Philippe Müller erreichen, dass bei Gewalt gegen Beamte zwingend eine unbedingte Strafe von mindestens 30 Tagen auszusprechen sei. Müllers Forderung schiesse übers Ziel hinaus und verstosse gegen den zentralen Grundsatz der Verhältnismässigkeit, kritisierten verschiedene Fraktionen. (sda)

«Schwer verdaubarer» Stellenabbau bei Kirchen

Der Regierungsrat beharrt beim Abbau von 27,5 Pfarrstellen auf dem Zeitplan.

Beim Abbau von Pfarrstellen im Kanton Bern will der Regierungsrat den Sparauftrag des Parlaments umsetzen, obwohl er aus Sicht der Landeskirchen «schwer verdaubar» ist. Das machte die Justiz-, Gemeinde- und Kirchendirektion (JGK) gestern in einem Communiqué deutlich. Bis 2017 soll die Zahl der Pfarrstellen in den drei bernischen Landeskirchen schrittweise um 27,5 Stellen reduziert werden. Bereits im laufenden Jahr können 6,5 Stellen gestrichen werden, indem der Reservepool aufgelöst wird. 21 weitere Stellen sollen ab Mai 2015 bis 2017 abgebaut werden.

Die meisten der 27,5 Stellen müssen in der evangelisch-reformierten Landeskirche abgebaut werden. An ihr ist es aufzuzeigen, wie sie die Vorgabe konkret umsetzen will. Der Stellenabbau solle

«möglichst kirchenverträglich, gemeindefördernd und zukunftsweisend» erfolgen, schreibt die Kirchendirektion. Das habe Regierungsrat Christoph Neuhaus (SVP) auch in einem Schreiben an die Landeskirchen und die Kirchgemeinden deutlich gemacht.

Vorlage später im Parlament?

Die Vorbereitungsarbeiten zur Anpassung der rechtlichen Grundlagen brauchen allerdings mehr Zeit als geplant, heisst es weiter. Der Regierungsrat möchte deshalb, dass der Grosse Rat seinen Beschluss über die Zahl der vom Kanton besoldeten Pfarrstellen von der Juni- auf die September-Session verschiebt.

Die Oberbehörden der Landeskirchen hatten nicht nur den Umfang der Stellenreduktion, sondern auch die zeitliche Planung als «schwer verdaubar» bezeichnet. Er sei aber möglich, räumten sie gemäss Kirchendirektion ein. Eine Umsetzung des Sparauftrags erst

bis 2019 wollte ihnen der Regierungsrat nicht zugestehen.

Nachkredit nicht vom Tisch

Im Kanton Bern werden die Pfarrerrlöhe vom Staat bezahlt. Der Kanton wirft dafür 72 Millionen Franken im Jahr auf. Der Grosse Rat entschied im vergangenen November im Rahmen der Spardebatte, den Betrag bis 2017 auf 67 Millionen Franken zu senken.

Bereits im laufenden Jahr müssen gemäss Parlamentsbeschluss 2 Millionen Franken eingespart werden. Neuhaus liess schon Ende Januar gegenüber dem «Bund» verlauten, dass diese Vorgabe 2014 nicht erfüllt werden könne. An dem hat sich nichts geändert - trotz des Abbaus von 6,5 Stellen. Einen Nachkredit brauche es nach wie vor, sagt Neuhaus auf Nachfrage. Wenn Pfarrer auf die Strasse gestellt werden, muss der Kanton eine Übergangsrente bezahlen. Dadurch würde sich der Sparbetrag reduzieren. (sda/lok)

Kurz

Grosser Rat Einfacheres Verfahren für Baubewilligung

Weniger Formulare im Baubewilligungsverfahren: Das Berner Kantonsparlament hat sich gestern für die Vereinfachung der geltenden Verfahren ausgesprochen. Eine entsprechende Motion von EVP-Grossrat Daniel Steiner-Brüsch (Langenthal) stiess auf breite Zustimmung. Steiner-Brüsch hatte zuvor vorgezeichnet, dass im Kanton Bern für den Neubau eines Einfamilienhauses nicht weniger als 100 Formulare nötig seien. Der Kanton Bern solle die Möglichkeit für ein elektronisches System schaffen, fordert die Motion. (sda)

Grosser Rat Geld für Umbau eines Uni-Gebäudes

Der bernische Grosse Rat hat gestern einen Kredit von 7,4 Millionen Franken für den Umbau des heutigen SBB-Hauptsitzes in Bern in ein Uni-Gebäude geneh-

ligt - dies mit 123 gegen 2 Stimmen bei einer Enthaltung. Der Kanton Bern hat dieses und ein weiteres SBB-Gebäude für die künftige Nutzung durch die Universität gekauft. Der Ausführungskredit für das Mittelstrasse-Gebäude wird voraussichtlich im kommenden Herbst dem Kantonsparlament vorgelegt. (sda)

Bolligen Wegweiser für Restaurants dürfen hängen bleiben

Der Kanton Bern hat eine Verfügung betreffend die Restaurantwegweiser in der Gemeinde Bolligen zurückgenommen. Es seien keine zwingenden öffentlichen Interessen für eine sofortige Entfernung der Wegweiser vorhanden, argumentierte der Kanton. In dem Schreiben heisst es, dass auf die Herstellung des rechtmässigen Zustandes verzichtet werde. Ursprünglich hatte der Kanton die Gemeinde aufgefordert, die bestehenden braunen Wegweiser zu entfernen, weil keine Bewilligung durch das Tiefbauamt vorliege. (lok)